

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/124

Bonn, den 5. Juli 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 1a	<u>Patriot und Europäer</u>	66

Zum 60. Geburtstag von Herbert Wehner am 11. Juli 1966

Von Willy Brandt,
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

2 - 3	<u>Zweikampf zwischen CDU und SPD</u>	86
-------	---------------------------------------	----

Zu den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen

Von Heinz Kühn, Landesvorsitzender der SPD

4 - 5	<u>Die Kirche in der Welt von heute</u>	70
-------	---	----

Von Willi Eichler,
Mitglied des Bundesvorstandes der SPD

6	<u>Genf blickt auf Bonn</u>	45
---	-----------------------------	----

Wie steht es mit dem Atomsperrvertrag ?

Von Pierre Simonitsch, Genf

+ + +

Patriot und Europäer

Zum 60. Geburtstag von Herbert Wehner am 11. Juli 1966

Von Willy Brandt,

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die letzten 20 Jahre zählen, wenn heute ein deutscher Politiker 60 Jahre alt wird. Für Herbert Wehner sind dies zwei Jahrzehnte harten selbstlosen Kampfes für Deutschland und für die Sozialdemokratische Partei. Es gibt nicht so viele, von denen man sagen kann: Sie wollen wenig für sich selbst, aber alles für die Sache, der sie sich verschrieben haben und für die sie sich einsetzen bis an die Grenze des physisch und psychisch Möglichen.

Die SPD ist nicht stehen geblieben in diesen 20 Jahren. Herbert Wehner hat sich nicht nur mit der Partei entwickelt. Er hat ihre moderne Entwicklung entscheidend mitgeprägt. Der Begriff Volkspartei wird dieser Wandlung nur dann gerecht, wenn er nicht opportunistisch gedeutet wird, sondern sich auf den schöpferisch-demokratischen Inhalt und die gesellschaftlich-staatpolitische Integration bezieht.

Die SPD hat um ihre Verantwortung in der Bundesrepublik Deutschland und um den demokratisch-sozialen Auftrag des Grundgesetzes zu ringen. Die SPD hat ebenso darum zu ringen, daß Deutschland als Nation nicht auf dem Schutthaufen der Geschichte landet. Diese beiden Aufgaben gehören zusammen. Beide handeln vom Frieden im Innern und nach außen. Als Patriot und Europäer hat Herbert Wehner, der vom ersten Bundestag an dessen Gesamtdeutschem Ausschuss vorsitzt, diesen Zusammenhang früh erkannt.

Dem Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wird bei einer solchen Würdigung von neuem bewußt, wie stark in dieser politischen Gemeinschaft die Erfahrungen aller Richtungen der Arbeiterbewegung zusammengefließen sind. Vielleicht gilt es darüber hinaus noch stärker zu erkennen, daß eine demokratische Partei, die den Staat gestalten und ihn führen will, die Erfahrungen aller Teile des Volkes in sich aufnehmen muß. Sie muß vielfältige geistige Strömungen, unterschiedliche Erlebniswelten und Menschen verschiedenster Prägung zusammenführen, um die Bundesrepublik Deutschland zu

einem modernen Staat zu machen, Deutschland zu gewinnen und dabei großen Menschheitszielen verpflichtet zu bleiben.

Mit Herbert Wehner haben auch Fritz Erler und ich uns daran gewöhnen müssen, daß Klischeevorstellungen zur Person langlebig sind. Herbert Wehner ist in besonderem Maße zu einer Symbolfigur geworden, an der sich Feind und Freund reiben und abreagieren. Manches Fehlurteil ist inzwischen korrigiert worden. Wahr bleibt natürlich, daß er nicht einer unter vielen ist. Er ist ganz unverwechselbar; auch als Redner und Parlamentarier. Als Pflichtmensch und mit einem Humor, der durchaus nicht immer bissig ist. Mit Feinfühligkeit und motorischer Kraft, als aufgeschlossener Gesprächspartner, geistig anspruchsvoll und Anwalt geplagter Mitmenschen.

Dieser Mann ist eigenwillig, aber nicht eigenbrötlerisch. Er empfindet eine starke Loyalität gegenüber den Gemeinschaften und Institutionen, in und an denen er mitarbeitet. An seinen Kanten stößt er sich nicht weniger als andere. Er hat sich abgeschliffen, ist auch abgeschliffen worden. An einem Schwamm oder an einer Qualle läßt sich nichts schleifen. Wir brauchen Männer mit Profil.

Die öffentliche Meinung sieht heute ein anderes Wehnerbild als noch vor einigen Jahren. Leute, die ihn früher schmälerten und verächtlichten, bescheinigen ihm jetzt seine unbestreitbaren staatsmännischen Eigenschaften. Er wird als Idealist erkannt und geachtet. Aber es gibt auch immer noch das Zerrbild von einem geheimnisvollen Machtmenschen und Apparatenker. Es bleiben die Angriffe von Extremisten, mit denen man leben muß. Ihn selbst hat lange die Frage bedrückt, ob ein früherer Kommunist in unserer Ordnung als wirklich ebenbürtig akzeptiert wird. Er hat auch gelitten, als man die fleißigen Sachsen zu Frögelknaben der gespaltenen Nation machen wollte.

Die Verantwortung der deutschen Sozialdemokraten wird größer. Die deutsche Verantwortung wächst. Uns Deutschen fallen all die Fragen zu, die nicht einem Friedensvertrag vorbehalten sind und die in unserer Auseinandersetzung mit der Kommunistischen Einheitspartei in den letzten Monaten abgehandelt wurden.

Gerade auch hier gibt es volle Einigkeit in der Führung der SPD.

Die Bundesrepublik und das deutsche Volk gehen keinen leichten Zeiten entgegen. Es wird viel zu tun sein. Dem Mitstreiter und Freund Herbert Wehner wünschen wir dafür gute Gesundheit und viel Kraft.

Zweikampf zwischen CDU und SPD

Zu den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen

Von Heinz Kühn, Landesvorsitzender der SPD

Am 10. Juli wählt dieses Land einen neuen Landtag. Es geht dabei um einen Zweikampf zwischen CDU und SPD. Die dritte Partei hat durch einen Akt der Selbstpreisgabe den Charakter einer selbständigen Partei verloren und ist zum politischen Auffüllsel der CDU abgewertet. Sie schrumpft hoffnungslos der Fünf-Prozent-Grenze entgegen.

Hier in Nordrhein-Westfalen ballen sich mehr als in jeder anderen Landschaft Deutschlands die großen Probleme unserer Zeit; die Aufgaben der Verkehrsbewältigung, der Wohnraumbeschaffung, der Volksgesundheit, der Stadtsanierung, der Erholungsgebiete - allen das, was wir die Gemeinschaftsaufgaben unserer Zeit genannt haben.

Die CDU/FDP-Regierung, die aus ihren teils konservativen, auf abwartendes Beharren, teils liberalen, auf selbstregelndes Lauflassen orientierten Grundsätzen in einem sicher von mancher Geschäftigkeit überdeckten passiven Immobilismus das Parallelogramm der Kräfte der Entwicklung an sich vollziehen läßt, ist unfähig, die Probleme unseres Landes zu lösen, sie rechtzeitig und initiative anzupacken. So erweist sich in unserem Lande immer wieder, daß manches Eisen heißer wird, wenn man es auf Eis legt. Das demonstrative Beispiel für eine solche Politik des Immobilismus gibt diese "liberale Koalition" aus CDU und FDP in ihrer Hilflosigkeit gegenüber der Steinkohlenkrise, mit der sich NRW nunmehr seit acht Jahren quält.

An dem von CDU und FDP verursachten Desaster der Energiepolitik zeigt sich, zu welchen Konsequenzen mangelnde Voraussicht führt. Von den fast 500 000 Bergleuten, die 1958 im Ruhrgebiet beschäftigt waren, sind 1966 weniger als 300 000 übriggeblieben. 200 000 Bergleute, mit ihren Familienangehörigen 600 000 von den fünf Millionen Bewohnern des Ruhrgebietes, haben ihre Existenz in ihrem Traditionsberuf verloren. Noch leben nahezu eine Million Menschen unseres Landes unmittelbar von der Kohle, das heißt, sie leben mit dem schwarzen Gespenst der Kohlenkrise, sie leben in dem permanenten Gefühl der bedröhten Lebenssicherheit ihrer Familien.

Und nun branden die Wellen neuer Zechenstilllegungen und Feierschichten heran. Weitere 32 Millionen Tonnen jährlicher Förderung sollen 1966 bis 1967 stillgelegt werden, noch mindestens 20 große Schachtanlagen kommen damit zu den bereits geschlossenen 41 hinzu, wiederum 90 000 Bergleute sollen ihre Arbeit verlieren. Wenn das Massensterben der Zechen Schicksal werden sollte, dann droht mehr Niedezubrechen als die Fördertürme. Es war nicht das Gespenst des politischen Radikalismus, wenn schwarze Fahnen und dumpfer Trommelwirbel durchs Revier zogen, sondern

das menschliche Aufbegehren gegen mangelnde Voraussicht und Verantwortung derjenigen, die sich zur Verantwortung berufen fühlen. Die Bergleute dieses Landes haben immer zu dem demokratisch zuverlässigsten Fundament unseres Landes gehört.

Wir haben es vor vier Jahren, als sich aus CDU und FDP die "liberale Koalition" bildete, die entscheidende staatspolitische Schwäche dieser Landesregierung genannt, daß die aus ihrer besonderen Kenntnissen, Einsichten, Erlebnissen und Erfahrungen geprägten Kräfte des Ruhrgebietes von der regierenden Mitgestaltung ausgeschlossen wurden: 52 von den 77 Abgeordneten, die von den 5,6 Millionen Menschen dieses industriellen Kerngebietes in das Landesparlament entsandt wurden, blieben auf die Bänke der Opposition beschränkt.

Mehr und mehr haben wir seitdem die Sympathie und Zustimmung unserer Mitbürger im ganzen Land für die SPD gewinnen können. Nach dem großen Schritt nach vorn, den wir 1962 bei den Landtagswahlen tun konnten, als wir unseren Mandate von 81 auf 90 erhöhten, wurden wir in der Kommunalwahl des Jahres 1964 erstmals zur stärksten Wählerpartei des Landes. Und bei der Bundestagswahl 1965 konnten wir unseren Stimmenanteil in diesem Lande doppelt so stark steigern wie im ganzen übrigen Bundesgebiet. Wir haben am 19. September hier eine Ausgangsposition geschaffen, die unseren Hoffnungen einen weiten Horizont geben kann. Aber wir wissen auch, daß eine Chance noch keine Gewißheit, sondern eine Herausforderung ist, die nur durch unseren eigenen Einsatz zur Wirklichkeit gemacht werden kann.

Manches deutet darauf hin, daß gerade die jungen Menschen zunehmend von einem Gefühl der Unlust über die Atmosphäre der Sätttheit und der Spießigkeit unserer Zustände erfaßt sind, die sie sehr wohl in ein politisches Sammellocken mannigfacher Unlustgefühle der Zeit locken könnte. Die Skepsis der ersten jungen Nachkriegsgeneration nach 1945 gegen Ideologien scheint nach zwanzig Jahren abgelöst zu werden durch die Skepsis gegen die politische Praxis unserer Zeit überhaupt. Die jetzt zum ersten Mal an die Wahlurne tretenden jungen Menschen sind erst nach Hitlers Tod geboren. Wie wir ihnen, in deren politischem Bewußtsein das immensierende Erleben und Erleiden des Nazisystems fehlt, helfen können, die Chancen und Risiken der Freiheit unserer Zeit zu nutzen, ist wichtiger, als über nutzlose Verbotmaßnahmen der NPD nachzudenken.

Eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung wird in diesem Lande diesem Problem besonderen Vorrang geben und die staatsbürgerliche Bildung aus dem Schattenraum einer Ministerialabteilung herausholen.

Die Kirche in der Welt von heute

Von Willi Eichler,
Mitglied des Bundesvorstandes der SED

Die katholischen Bischöfe des Landes Nordrhein-Westfalen haben dieser Tage eine "Verlautbarung" zur Landtagswahl am 10. Juli herausgegeben, die der Überschrift, eine kirchliche Verlautbarung für die "Welt von heute" zu sein, voll gerecht wird. Das zweite Vatikanische Konzil hat die Welt von heute in einer Weise beurteilt, die in ihrem vollen Bedeutung nicht allgemein bekanntgeworden ist. So wird noch eine geraume Zeit vergehen, bis sich die Konsequenzen dieser geistigen Neubestimmung nicht nur im kirchlichen, sondern auch im sozialen Leben zeigen.

Eine dieser Konsequenzen wird in der neuen Verlautbarung zur Landtagswahl in NRW gezogen. Sie macht Ernst mit der Anerkennung, und zwar mit der bejahenden Anerkennung dessen, was wir heute mit einem allgemein verständlichen Ausdruck die pluralistische Gesellschaft nennen. Sie bedeutet eine Vielfalt geistiger und weltanschaulicher Grundhaltungen, die bei aller Verschiedenheit doch zu einer gemeinsamen Anerkennung verbindlicher Grundwerte und Verpflichtungen führen, die für das staatliche und soziale Leben die Grundlage seiner Gestaltung sind.

- * Diese Anerkennung ist erst eine Frucht unserer jüngsten Entwicklung - für alle Menschen und auch für die Kirchen, insbesondere in Deutschland. Wir haben es fast stets mit "Weltanschauungsparteien" zu tun gehabt, die auch ihre politischen und sozialen Forderungen an die Gesellschaft nur durch ihre Weltanschauung für begründet hielten, was jeden erheblichen Konflikt in politischen Sachfragen zu einer weltanschaulichen Auseinandersetzung trieb. Weltanschauungen aber sind ihrer Natur nach, wie die härtesten Religionskriege gezeigt haben, nicht kompromißbereit, weil sie nicht nur, wie die Parteien, auf das Wohl der Menschheit, sondern vornehmlich auf ihr Heil ausgehen.

Die weltanschauliche Verfestigung unserer Politik wurde noch gefördert dadurch, daß der Verzicht auf eine bestimmte weltanschauliche Begründung der Politik oft zum bloßen Nützlichkeits- und Machtdenken führte; mit seiner Verherrlichung von Pseudo-Idealen nationalistischer oder gar rassistischer Art.

Die schrecklichen Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges brachten eine Wandlung, nachdem zunächst die Einführung "christlicher" Parteien in das alte Erbübel zurückführte, weil diese Parteien gewollt oder ungewollt als einzige den Anspruch auf Hilfe der Kirchen "im vorparlamentarischen Raum", wie Adenauer es genannt hat, erheben zu dürfen glaubten. Die entscheidende historische Erfahrung gegen eine solche Entwicklung scheint mir gegeben zu sein in dem Vergleich konkreter Forderungen der katholischen Soziallehre, wie die Enzykliken "Mater et magistra" und "Pacem in terris" sie aufstellen, und denen das Godesberger Grundsatzprogramm der Sozialdemokratie, die weitgehend übereinstimmen, obwohl die kirchliche Soziallehre natürlich katholisch-christlich begründet ist und das Godesberger Programm die Begründung seiner Grundwerte der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in "letzten Wahrheiten", also in einer Weltanschauung, offenläßt. Damit sollen sie nicht unbegründet bleiben, aber die Begründung dem Gewissen und der Überzeugung des einzelnen überlassen.

Politische Konsequenzen aus den verbindlichen Grundwerten und den Grundforderungen an eine menschenwürdige Gesellschaft zu ziehen, ist Sache der Parteien. Und an dieser Stelle zeigt sich der politisch geradezu revolutionäre Charakter der Verlautbarung der katholischen Bischöfe. Sie sagt, im Anschluß an das Konzil:

- * "In Fragen der Ordnung irdischer Dinge" kann es unter Christen "berechtigte Meinungsverschiedenheiten" geben. In solchen Fällen "hat niemand das Recht, die kirchliche Autorität ausschließlich für sich und seine eigene Meinung zu beanspruchen". "Für den Aufbau eines wirklich menschenwürdigen politischen Lebens ist nichts so wichtig wie die Pflicht des Sinnes für Gerechtigkeit, Wohltun im Dienst am Gemeinwohl sowie die Schaffung fester Grundüberzeugungen über das wahre Wesen politischer Gemeinschaften."

Mit dieser Verlautbarung ist der Wähler wirklich vor die freie und selbstverantwortliche Entscheidung gestellt, seine Wahl unter den Parteien aufgrund ihrer Sachvorschläge für ein freies und gerechtes Gemeinwesen zu treffen. Die Sozialdemokraten können dieser Entwicklung ruhig entgegensehen.

Genf blickt auf Bonn

Wie steht es mit dem Atomsperrvertrag ?

Von Pierre Simonitsch, Genf

Die Verhandlungen über einen Atomsperrvertrag treten weiterhin auf der Stelle, weil es in einigen Hauptstädten nicht gelingt, sich zu den notwendigen Entscheidungen durchzuringen. Solche weitreichende Entscheidungen müssen vor allem in Washington und in Bonn gefällt werden. Nur dann wird die Sowjetunion Farbe bekennen: Liegt ihr wirklich etwas am Abschluß eines Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen oder versucht sie, die Genfer Verhandlungen nur zur Spaltung der westlichen Allianz zu benutzen?

- * Die Sowjetunion macht ihre Signatur unter ein solches Abkommen
- * nicht von der Beendigung des Vietnamkrieges abhängig - wie
- * verschiedentlich gemeldet wurde -, sondern allein davon, daß die
- * Pläne einer deutscher Teilhaberschaft am Atomarsenal der NATO
- * begraben werden.

De facto ist dies bereits geschehen - die letzten amerikanischen Stellungnahmen sind unmißverständlich. Den USA geht es nun darum, die Sowjets zu einer Duldung des NATO-Atom Ausschusses (McNamara-Komitee) zu bewegen. Ähnliche Arrangements bestehen ja auch im Warschauer Pakt, so daß es hier zu einem stillschweigenden Übereinkommen reichen sollte, falls die Sowjets tatsächlich an einem Abkommen interessiert sind. Um in dieser Frage Klarheit zu schaffen, müßte der Westen fähig sein, am Genfer Konferenztisch einen hieb- und stichfesten Vertragsentwurf zu unterbreiten.

Die Sowjets stellen zwei Fragen: Warum läßt der gegenwärtige amerikanische Vertragsentwurf die Möglichkeit einer multilateralen NATO-Atomstreitmacht offen, wenn dieser Plan in Wirklichkeit tot sein soll? Welche endgültigen Kompetenzen wird das McNamara-Komitee haben?

Leider konnten diese Fragen bisher in der NATO selbst noch nicht beantwortet werden. Einerseits wurde durch die Auseinandersetzung um die Gallies "Reformvorschläge" die Diskussion über die Befugnisse des McNamara-Komitees vertagt, andererseits herrscht Uneinigkeit über die erstrebenswerteste Form einer "Teilung der nuklearen Verantwortung". Während die Amerikaner und Briten kein Hehl mehr daraus machen, daß sie einen physischen Ritzesitz der nichtnuklearen Bündnispartner an ihrem Atomschirm über Westeuropa nicht für die beste Lösung halten, klammern sich das offizielle Bonn noch immer an diese Fiktion.

- * Auf die eine oder auf die andere Weise muß jetzt endlich diese
- * Frage gelöst werden. Denn solange das Tauziehen zwischen NATO-Re-
- * gierungen andauert, wird es in Genf zu keinem Atomsperrvertrag
- * kommen. Im Gegenteil, man drückt der sowjetischen Diplomatie gera-
- * dezu die Karten für eine aussichtsreiche Pokerpartie in die Hand.

Der amerikanische Chefdelegierte an der Abrüstungskonferenz, William Foster, hat vergangene Woche von einer bereits seit einiger Zeit vorliegenden Einladung in die Bundesrepublik Gebrauch gemacht, um in Bonn ein ernstes Wort zu reden. Daß die Bedeutung dieses Besuchs von beiden Seiten heruntergespielt wurde, beweist nur das Vorhandensein von Differenzen in der Einschätzung der Genfer Problematik.